HEUTE VOR 10 JAHREN.
LEIPZIGER MENSCHENRECHTSGRUPPEN 1989
Die Proteste häufen sich - Blatt 3: 7. Mai 1999

Ende März eröffnen der Arbeitskreis Gerechtigkeit und die Arbeitsgruppe Menschenrechte in der Lukaskirchgemeinde eine öffentlich zugängliche Bibliothek zu Menschenrechtsfragen mit in der DDR verbotener Literatur und Samisdat-Zeitschriften, welche ohne staatliche Druckgenehmigung herausgegeben werden.

<u>April 1989</u>

Am **1. April** findet in Leipzig mit ca. 400 Besuchern ein „Tag der Volksbildung - Schule in Bewegung" für eine andere Bildungspolitik in der DDR statt. Als Ergebnis der Veranstaltung formulieren Mitglieder der Arbeitsgruppe Umweltschutz und Friedenserziehung mit Kindern, Gruppe Frauen für den Frieden, Arbeitskreis Gerechtigkeit, Arbeitsgruppe Friedensdienst, Friedenskreis Grünau-Lindenau, Arbeitskreis Solidarische Kirche/Regionalgruppe Leipzig und Arbeitsgruppe Menschenrechte am 14. April einen Brief **>An das Organisationsbüro des IX. Pädagogischen Kongresses<** der DDR. In ihm heißt es:

„... <u>Lernbedingungen</u>

- *Einstimmig waren wir der Meinung, daß der schulfreie Sonnabend unbedingt für die Gesundheit und psychische Ausgeglichenheit für Schüler, Lehrer und deren Familien notwendig ist.*
- *Wir bekräftigen die Vorstellungen von E. CZERNY und E. TISCHENDORF in „Aufgaben, Rechte und Pflichten der Elternvertreter" (S. 9) über die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten der Kinder und deren Familien. Wir schlagen vor, daß die Betriebe beauflagt werden, Eltern mit schulpflichtigen Kindern die Arbeitszeit zu verkürzen bzw. zu verlegen, damit die Kinder vom Frühhort bzw. der Samstagsschule entlastet werden.*
- *Da die Eltern vom ersten Lebenstag an tiefen Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes ausüben und somit auch ihr Kind am besten kennen, muß ihr Entscheidungsrecht maßgeblich respektiert werden, u.a. auch beim Einschulungstermin.*
- *In den unteren Klassen ist es unserer Meinung nach nötig, den Tagesschulbeginn zu verlagern und die Anzahl der Wochenstunden zu senken.*
- *Das gesamte Zensurensystem entspricht nicht den realen Leistungen der Schüler (Zensureninflation). Die Kriterien der Zensurenvergabe sollten neu durchdacht und verändert werden. In den Fächern Sport, Musik und Zeichnen ist unseres Erachtens überhaupt keine Zensierung möglich und für die Persönlichkeit der Kinder nicht günstig. Nur durch positive Worturteile sollte der Schüler animiert werden.*
- *Um dem individuellen Bildungsniveau der Schüler gerecht zu werden, sollte man für alle entsprechend ihren Fähigkeiten und Lernwillen verschiedene Möglichkeiten ab 8. Klasse anbieten (z.B. 10. Kassenabschluß, Abitur oder Spezialschule). In diesem Zusammenhang müßten alle Auswahlkriterien für die Berufsbildung neu durchdacht werden - nicht der Durchschnitt, sondern die individuelle Begabung des Jugendlichen muß ausschlaggebend sein.*

<u>Lerninhalte</u>

- *Die Meinung der Teilnehmer des Aktionstages ging dahin, daß ein Abbau der wissenschaftlich-technischen Fächer zugunsten von ethischem, musischem und humanistischem Bildungsgut erfolgen muß.*
- *Um die Kinder zur Aneignung von Sachwissen, das ihrer Begabung entspricht, zu mobilisieren, brauchen wir eine neue sinnvolle Fakultativregelung ab z. B. der 5. Klasse.*
- *Um den Kindern den Umgang mit gesellschaftlichen Problemen zu erleichtern, sprechen wir uns aus für die Einführung des Faches Sozialkunde. Das Fach sollte z. B. individuelle und gesellschaftliche Konfliktbewältigung, den Umgang mit sozial Behinderten, Kranken und Alten, Probleme der Familie u. a. beinhalten.*
- *In der Friedenserziehung in den Schulen sollte dem neuen internationalen Willen zur Abrüstung und Völkerverständigung entsprochen werden. Bei der Neugestaltung der Schulbücher müssen diese neuen Bedingungen berücksichtigt werden.*
- *Unserer Meinung nach ist der Lern- und Lehrprozeß überideologisiert. Mehr Wirklichkeitsnähe und weniger ideologische Zwänge würden zur Entwicklung individueller und schöpferischer Tätigkeit aller Beteiligten führen. Die Breite der Weltanschauungen sollte in den Unterricht einfließen - die Bibel und der Umgang mit ihr gehören dazu.*
- *Bei der Pädagogenausbildung sollten folgende Schwerpunkte beachtet werden:*
    1. *Der Lehrerberuf ist kein Beruf sondern Berufung!*
    2. *Wesentliche Erweiterung der praxisnahen und der Psychologieausbildung.*
- *Die Mitarbeit der Eltern im Elternaktiv und -beirat muß unabhängig von ihrer Weltanschauung und in freier Entscheidung möglich sein. ..."*

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit hatte eine „Arbeitsgruppe Bildungspolitik". Verantwortlich für die Arbeitsgruppe war der Sprecher Bernd Oehler, seine Stellvertreterin war Doreen Penno. In der Arbeitsgruppe arbeiteten u.a. Gabriele Jesche, Jörg Malina, Manuela Nalichofsky, Bernd Reißmann und Thomas Rudolph. Die Arbeitsgruppe Bildungspolitik hatte sich im Zusammenhang der vom Arbeitskreis Gerechtigkeit am 27. November 1988 mitinitiierten Veranstaltung in Leipzig im Rahmen des „DDR-weiten Aktionstages" für die von der Ostberliner EOS Carl von Ossietzky relegierten Schüler gegründet. Die Arbeitsgruppe wirkte besonders in der Vernetzung der Vorbereitungen des Tages für die Volksbildung „Schule in Bewegung" am 1. April 1989. Alternativ zur Vorbereitung des IX. Pädagogischen Kongresses trafen sich regelmäßig Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Bildungspolitik des Arbeitskreises Gerechtigkeit mit Mitgliedern des Arbeitskreises Solidarische Kirche, der Arbeitsgruppe Menschenrechte und der Gruppe Frauen für den Frieden, um über Themen wie die Indoktrination in der Schule und Erfahrungen anderer Gruppen (Charta 77) anhand von Texten (Václav Havel) zu arbeiten. Projekte dieser Arbeitsgruppe waren eine Schulbuchanalyse und die Herausarbeitung einer LQI (= Sprache der DDR). Sie war an der Planung und Vorbereitung eines 2. Tages für die Volksbildung „Schule in Bewegung" für den 28. Oktober 1989 beteiligt. Darüber hinaus sammelte sie Fälle faktischer Berufsverbote. Der Arbeitsgruppe Bildungspolitik gehörten selbst Lehrer an, die infolge der Wahrnahme des Menschenrechtes auf freie Wahl des Wohnsitzes ihre Arbeit verloren hatten.
Die Arbeitsgruppe Menschenrechte verstand sich selbst als Übungsfeld der Verminderung gesellschaftlich und persönlich bedingter Illusionen, um den Weg in Selbstverwirklichung und Selbstverantwortung zu weisen, mithin den Individuationsprozeß zu fördern. Gemäß des Art. 26 (2) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzte sie sich für eine Bildung ein, welche die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben sollte. Das Bildungssystem der DDR wurde als die grundlegende Institution zum Zwecke politischer Indoktrination mit marxistisch-leninistischer Ideologie und der funktionalen Selektion der Individuen im Sinne der Steuerungserfordernisse der Diktatur durchschaut. Johannes Fischer gehörte für die Arbeitsgruppe Menschenrechte der Vorbereitungsgruppe für den Tag der Volksbildung „Schule in Bewegung" am 1. April 1989 an.

Am 10. April dürfen die Gruppen das Friedensgebet in der Nikolaikirche wieder gestalten. Sie waren im August 1988 auf staatlichen Druck hin von Superintendent Friedrich Magirius, Pfarrer Christian Führer und dem Kirchenvorstand der Nikolaikirchgemeinde von der Gestaltung des Friedensgebetes ausgeschlossen worden. Die Nikolaikirchgemeinde und die Stadtkirchenleitung konnten wegen der großen Empörung der Teilnehmer des Friedensgebetes und der Gruppen jedoch das Verbot nicht länger aufrechterhalten und mußten die Gruppen wieder einbeziehen. Das erste Friedensgebet halten an diesem Tag unter Verantwortung des Jugendpfarrers, Klaus Kaden, Doreen Penno, Thomas Rudolph und Kathrin Walther vom Arbeitskreis Gerechtigkeit über Wahrheit und Lüge. Thomas Rudolph führt aus:

> *„ ... Wir leben in einer Zeit, wo die Unwahrheit schon fast als Kavaliersdelikt betrachtet wird und einfach als zur Lebenstüchtigkeit gehörend hingenommen wird. ... Was dem kleinen Mann recht ist, ist dem großen Mann billig und wird zum System. ... Die allgegenwärtige Verkündung der Übererfüllung von Plänen bringt mit sich, daß jeder mit einem gespitzten Bleistift und Radiergummi für seine Prämie kämpft. Die allverkündete Zustimmung zum Kurs von Partei und Regierung bringt mit sich, daß jeder jubelnd am Straßenrand steht. Es geht ja um ein persönliches Fortkommen im Beruf. Wenn leitende Kirchenoberhäupter „von ihrer Verantwortung vor Gott sprechen", wenn sie brisante gesellschaftliche Themen nicht in Kirchen von christlicher Sicht aus betrachten wollen, um in Wirklichkeit das Verhältnis von Staat und Kirche nicht zu gefährden, so ist das nicht die Wahrheit, sondern schlägt der Botschaft Jesu ins Gesicht und wirkt zugleich deprimierend auf die vielen nach froher Botschaft hungernden Christen und Nichtchristen in unserem Lande. Wenn der Todesschuß an der innerdeutschen Grenze gegen Menschen, die sich als Staatseigentum der DDR empfinden und daraus entfliehen wollen, selbst noch an den Gräbern der Toten als tragischer Unglücksfall bezeichnet wird, so zeigt das auf, wie weit der Zustand der Lüge in dieser unserer Gesellschaft fortgeschritten ist. Und es fällt dann schon kaum noch auf, wenn Wahlen von amtlicher Seite als Bekenntnisse zu Partei und Regierung bezeichnet werden, also nicht mehr den Charakter des Wählens haben. Aber wie gesagt, dies alles fängt bei uns an. Die unspektakuläre Unwahrheit wird spektakulär erst durch die höhere Stellung des Einzelnen. ... Kleinmut und Angst gegenüber der Wahrheit sind genauso hinderlich wie der Stolz zuzugeben Fehler gemacht oder die Unwahrheit gesagt zu haben. Wie gesagt, dies alles fängt bei uns an. Die Offenheit Dinge, die verschleiert werden, auszusprechen, beginnt in unseren vier Wänden. Erst wenn wir damit anfangen, werden wir auch fähig die gesellschaftlichen Strukturen der Lüge zu überwinden. ... Wir sind aufgefordert, Ja oder Nein zu sagen und auf all jene offen zuzugehen, die Angst vor dieser Offenheit haben ..."*

Im Informationsteil informiert der Arbeitskreis Gerechtigkeit über die Arbeit der Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR, gibt eine Mitteilung zur Wehrdiensteinberufung für Wehrdiensttotalverweigerer bekannt und informiert über die Situation in Rumänien und der CSSR. Gleichzeitig werden Hinweise zur Kommunalwahl gegeben, u.a. darüber, daß man die Wahlkabine benutzen kann.

Während der Beratung von Vertretern ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen im Sonnabendskreis am **15. April** in Leipzig werden die Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Kontrolle der Auszählung der Kommunalwahlergebnisse in den einzelnen Städten beraten und in nichtoffenen Zwischenabsprachen die Informationswege für die Auszählungsergebnisse und eventuelle Festnahmen am 7. und 8. Mai in Grundzügen festgelegt. Außerdem wird über die Veranstaltungen am DDR-weiten Aktionstag für die in der CSSR Inhaftierten aus den einzelnen Städten berichtet. Denis Dressel vom Arbeitskreis Gerechtigkeit/Konziliarer Prozeß Zwickau bittet die Medikamentenspendenaktion für Rumänien zu unterstützen. Einige Gruppenvertreter werden vorab vom Arbeitskreis Gerechtigkeit in Kenntnis gesetzt, daß er Pläne der SED-Führung zum Bau eines 4. Atomkraftwerkes in der DDR veröffentlichen wird.

Am **17. April** hält die Arbeitsgruppe Menschenrechte das Friedensgebet. Sie nutzt die Möglichkeit, um erneut über die Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR und über ihren Einsatz für Wehrdiensttotalverweigerer zu informieren. In ihrer an diesem Tag auch in der Nikolaikirche verbreiteten Mitteilung heißt es:

> *„Der Zeitpunkt der nächsten Einberufung zum Wehrdienst steht kurz bevor. Die Zahl derer, die den Wehrdienst verweigern, ist nicht bekannt.*
> *Die UNO-Menschenrechtskommission hat in ihrer Resolution 46/ 87 das Recht auf Wehrdienstverweigerung als Menschenrecht anerkannt. Dem schließen wir uns als Offene Arbeit Mockau, Arbeitskreis Gerechtigkeit Leipzig und Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig an und werden uns für Wehrdienstverweigerer einsetzen.*
> *Allen, die entschlossen sind, den Wehrdienst zu verweigern, machen wir folgendes Angebot:*
> *Bei Eintreffen des Einberufungsbefehls bitte bei folgenden Kontaktadressen melden (möglichst persönlich):*
> *Frank Richter (...)   Johannes Fischer (...)*
> *Dazu bitte die Angaben: Name, Vorname, Adresse, Alter, Beruf; kurze Begründung der Wehrdienstverweigerung Gestellungstag, -ort, und -zeit; Vertrauensperson im Falle der Verhaftung (Frau, Eltern o. ä.) mitbringen.*
> *Wir sehen unsere Aufgabe darin, durch Information der Öffentlichkeit zu einer breiten Solidarisierung beizutragen."*

Vom Arbeitskreis Gerechtigkeit werden am **18. April** die bis dahin geheimen Pläne der SED-Führung zum Bau eines 4. Atomkraftwerkes in der Dahlener Heide als Sondernummer des Samisdat „Streiflichter" gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Umweltschutz veröffentlicht. Susanne Krug und Thomas Rudolph vom Arbeitskreis Gerechtigkeit informieren in einem Pressegespräch in Ostberlin westliche Journalisten darüber.

Am **26. April** protestieren in Stendal Atomkraftgegner gegen die Atompolitik der SED. Sie werden vorläufig festgenommen. Unter ihnen befindet sich auch Rainer Müller vom Arbeitskreis Gerechtigkeit. Über das Infotelephon des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte in der Privatwohnung von Christoph Wonneberger informiert der Sprecher des Arbeitskreises Gerechtigkeit, Thomas Rudolph, die Medien und Bürgerrechtler über die Festnahmen. Noch am gleichen Tag werden alle wieder entlassen.

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit hatte eine „Arbeitsgruppe Anti-Atomkraft", verantwortlicher Sprecher der Arbeitsgruppe war Rainer Müller, sein Stellvertreter war Thomas Rudolph. In der Arbeitsgruppe arbeitete auch Silke Krasulsky. Rechercheaufträge übernahmen Wolfram Misselwitz, Grit Zurbrügg u.a. Arbeitsschwerpunkte der Arbeitsgruppe waren:

- Initiierung und Unterstützung auch öffentlichkeitswirksamer Proteste gegen die Atompolitik der SED-Führung.
- Sammlung von Unterschriften für eine „Volksabstimmung zum weiteren Umgang mit der Kernenergie"
- Aufklärung über die Gefahren der Kernenergie mittels Informationsveranstaltungen und Ausstellungen.
- Beschaffung von Informationen über die Pläne der SED-Führung zum Bau und Ausbau von Atomkraftwerken und Forschungsreaktoren.
- Beschaffung von Informationen über Havariefälle und die „Sicherheitsstandards" bzw. ihre Nichteinhaltung.
- Beschaffung von Informationen über die Standorte sowjetischer Atomwaffen in Ostdeutschland.
- Zusammenarbeit in überregionalen Arbeitszusammenhängen mit anderen „Anti-Atomkraft-Gruppen".

Mai 1989

Am **1. Mai** wird Rainer Müller in Borna zugeführt. Er hatte versucht eine Genehmigung für die Teilnahme am Maiaufzug beim FDGB zu erwirken. In Leipzig versuchen Torsten Beinhof, Uwe Der, Uwe Schwabe und Frank Sellentin (Initiativgruppe Leben) im staatlichen Demonstrationszug ein Plakat „Wahrheit ist kein Monopol - Offen sein für Alternativen" zu entrollen. Auch sie werden vorläufig festgenommen (= zugeführt). Der Arbeitskreis Gerechtigkeit informiert telephonisch in Ostberlin akkreditierte Journalisten über die Zuführungen. Nach der offiziellen staatlichen Maikundgebung demonstrieren ca. 150 Ausreiseantragsteller mit einem Schweigemarsch in der Leipziger Innenstadt. Die Sicherheitskräfte greifen nicht ein.

Mehrere Leipziger Aktivisten werden ab dem **4. Mai** teilweise mehrfach vorgeladen oder zugeführt und belehrt, nicht dem Aufruf zur Demonstration am 7. Mai zu folgen. Am **6. Mai** veranstaltet der Arbeitskreis Gerechtigkeit in den Räumen der Reformierten Kirche Leipzigs ein Seminar zum Verhalten bei Festnahmen und Verhören. Am **7. Mai** überwachen Bürger die Wahlauszählung. Der Arbeitskreis Gerechtigkeit, die Arbeitsgruppe Menschenrechte und die Initiativgruppe Leben hatten die Kontrolle der Auszählung der Wahlergebnisse in Leipzig initiiert. Im Konvikt auf der Paul-List-Straße richten sie ein kleines Wahlbüro zur Sammlung der Ergebnisse ein. Die Kontrolle der Auszählung wird dann neben Mitarbeitern kirchlicher Basisgruppen maßgeblich durch die auf Reformen aus der SED hoffende unabhängige Arbeitsgruppe Dialog unterstützt. Jürgen Tallig von der Arbeitsgruppe Dialog vermittelt dabei die Kontakte. Die Sprecherin des Arbeitskreises Gerechtigkeit, Kathrin Walther, informiert an dem Wochenende regelmäßig telephonisch über die Leipziger Ereignisse Susanne Krug und Thomas Rudolph (beide Arbeitskreis Gerechtigkeit Leipzig) in Ostberlin. Sie vertreten die Leipziger Bürgerrechtler auf der Ostberliner Wahlparty der Opposition und übernehmen die direkte Pressevertretung gegenüber den in Ostberlin akkreditierten Journalisten wegen der Zuführungen zwischen dem 6. und 8. Mai. Am Abend folgen bis zu 1500 Personen einem Aufruf von Bürgerrechtlern zu einer Demonstration gegen den Wahlmodus in Leipzig. Die Demonstration wird von Sicherheitskräften aufgelöst. 76 Personen werden vorläufig festgenommen. Hans-Jürgen Börner (ARD-Fernsehen) und Wolfgang Hauptmann (ARD-Hörfunk) werden an der Stadtgrenze von Leipzig zurückgeschickt. Die Bundesregierung protestiert später in Ostberlin dagegen. Bei der Auszählungskontrolle in Leipzig wird eine klare Wahlfälschung festgestellt:

Stadtbezirksversammlungen	„ Wahlberechtigte	Wahlbeteiligte	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	Für den Wahlvorschlag	Gegen
Mitte [offiziell	*53 766*	*52 981*	*38*	*52 943*	*50 856*	*2 087*
		98,54 %	*0,074 %*	*99,93 %*	*96, 06 %*	*3,94 %]*
83 von 84 Wahllokale	*53 766*	*(49 281)*[1] *91,658 %*	*36* *0,07 %*	*48 773*[2] *99,84 %*	*44 349* *90,93 %*	*4 424* *9,07 %*
Süd (Fehlerquote: 1%)			*0,2 %*	*99,84 %*	*91,8 %*	*8,2 %*
Nordost (Fehlerquote: 1,5%)			*0,05 %*	*99,95 %*	*89,2 %*	*10,8 %*
Südost (Fehlerquote: 1,5%)			*0,24 %*	*99,76 %*	*89,6 %*	*10,4 %*
West [offiziell	*87 259*	*86 016*	*58*	*85 958*	*83 488*	*2 470*
		98,58 %	*0,07 %*	*99,93 %*	*97,13 %*	*2,87 %]*
(Fehlerquote: 1,5%)			*0,05 %*	*99,95 %*	*89,5 %*	*10,5 %*
Nord (Fehlerquote: 2%)			*0,16 %*	*99,84 %*	*88,3 %*	*11,7 %*
Südwest (Fehlerquote: 2%)			*0,45 %*	*99,55 %*	*88,4 %*	*11,6 %*
II) Stadtverordnetenversammlung						
[offiziell]	*414 154*	*407 273*	*189*	*407 084*	*393 564*	*13 520*
		98,34 %	*0,05 %*	*99,95 %*	*96,68 %*	*3, 32 %]*
laut Bekanntgabe der Wahlvorstände in 30 % der Lokale (Fehlerquote: 1,5%)			*136* *0,12 %*	*112 341* *99,88 %*	*101 839* *90,2 %*	*11 102* *9,8 %*

[1] Da in den 80 Wahllokalen (ohne Sonderwahllokale) 34 131 Menschen wählen waren, ist hier für das fehlende 84. Wahllokal der Durchschnittswert von 427 Wählern dazuaddiert worden. Die drei Sonderwahllokale wurden auf Grund ihrer deutlich höheren Anzahl von Wählern in diese Durchschnittsrechnung nicht einbezogen.

[2] 45 Stimmen (0,09 %) sind laut Bekanntgabe der Wahlvorstände verschwunden."

Nach dem Friedensgebet der Initiativgruppe Leben am **8. Mai** versuchen 550 Personen erneut gegen die Wahlfälschung zu demonstrieren. 12 Personen werden vorläufig festgenommen und nach einer Belehrung wieder entlassen. Frank Richter von der Arbeitsgruppe Menschenrechte sowie Thomas Rudolph und Kathrin Walther vom Arbeitskreis Gerechtigkeit verfassen nachdem sich die Kommunalvertretungen konstituiert haben ohne auf Einsprüche zu reagieren eine Erklärung, die von Mitgliedern des Arbeitskreises Gerechtigkeit, Mitgliedern der Arbeitsgruppe Menschenrechte, Mitgliedern des Jugendkonventes Leipzig und Mitgliedern der Initiativgruppe Leben unterzeichnet wird:

> *„BürgerInnen und Bürgerinitiativen in Leipzig haben von ihrem Recht Gebrauch gemacht, an der öffentlichen Auszählung der Wahlergebnisse teilzunehmen. Bei der Addierung der von den einzelnen Wahlvorständen bekanntgegebenen Ergebnisse haben sie erhebliche Differenzen zum endgültigen Gesamtergebnis festgestellt. Ohne auf Einsprüche zu reagieren, konstituierten sich die Stadtbezirksversammlungen und die Stadtverordnetenversammlung. Diese Ignoranz gegenüber dem Versuch der Kontrolle von BürgerInnen fordert alle demokratischen Kräfte in der DDR heraus. Da bis jetzt auch die Ergebnisse der Stadtbezirksversammlungen nur bei den konstituierenden Sitzungen bekanntgegeben und somit nicht allen BürgerInnen zugänglich gemacht wurden, müssen wir annehmen, daß die Regierung der DDR und die SED - Führung eine Diskussion über die Wahlergebnisse und ihre Differenzen scheut. Wir möchten die Diskussion im Interesse großer Teile der Bevölkerung eröffnen, halten es aber für geboten, darauf hinzuweisen, daß dies eigentlich Aufgabe der in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien und Massenorganisationen ist. Bei den Wahlen zur Stadtbezirksversammlung des Stadtbezirkes Mitte wurde die Stimmenauszählung in 83 von 84 Wahllokalen beobachtet. Danach ergab sich für den Stadtbezirk Mitte eine Wahlbeteiligung von 91,658 %; für den Wahlvorschlag der Nationalen Front stimmten danach 90,93 % und gegen ihn 9,07 %. Das bei der konstituierenden Sitzung am 31. Mai bekanntgegebene offizielle Endergebnis besagt demgegenüber, daß sich 98,54 % an der Wahl beteiligten, 96.06 % für den Wahlvorschlag und 3,94 % gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front stimmten. Wenn die Differenzen von 7 % bei der Wahlbeteiligung und 5 % bei den Ja - Stimmen im Stadtbezirk Mitte nicht umgehend erklärt werden, müssen wir annehmen, daß es sich um einen gezielten Wahlbetrug handelt, um die Bevölkerung über die wirkliche Zustimmung zum Regierungskurs und die Größe des Protestpotentiales im Unklaren zu belassen. Wie unsere Hochrechnung in sämtlichen anderen Leipziger Stadtbezirken und für die Stadtverordnetenversammlung zeigt (s. Anlage), handelt es sich bei den Differenzen in Mitte um keinen Einzelfall. Sie sind in anderen Stadtbezirken sogar noch größer. Die Wahlbeteiligung konnte in den anderen Stadtbezirken nicht ermittelt werden, da in vielen Wahllokalen die Wahlvorstände selbige nicht bekanntgaben. Um sie zu ermitteln, hätten wir auch in anderen Stadtbezirken sämtliche Wahlauszählungen beobachten müssen, was für uns noch nicht leistbar war. Fest steht aber, daß rund 10 % der gültigen Stimmen auf dem gesamten Stadtgebiet Leipzigs gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front - laut Bekanntgabe des Wahlergebnisses durch die einzelnen Wahlvorstände in den Wahllokalen - stimmten. Auf Grund von Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalen (aufgebrochene oder nicht mehr korrekt versiegelte Urnen, verschwundene Stimmzettel, Zählung korrekt gestrichener Zettel als Ja-Stimmen etc.) müssen wir annehmen, daß in Wirklichkeit noch weniger Menschen für den Wahlvorschlag der Nationalen Front stimmten als die Wahlvorstände in den einzelnen Wahllokalen bekanntgaben. Da sich die Stadtbezirksversammlungen und die Stadtverordnetenversammlung trotz der Einsprüche bereits konstituierten, erwarten wir, wenn die Verantwortlichen nicht weiteres Vertauen verlieren wollen, daß zumindest die an der Manipulation des Ergebnisses Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden."*